

Absichten reaktionärer Kräfte zum Besuch in Kassel (I)

14. Mai 1970

Information Nr. 498/70 über Absichten, Pläne und Maßnahmen reaktionärer Kräfte zum Treffen des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Genossen Stoph, mit dem Bundeskanzler der BRD Brandt am 21. Mai 1970 in Kassel

Quelle

BArch, MfS, ZAIG 1814, Bl. 1–7 (7. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Stoph, Honecker, Lamberg, Winzer, Kohl, Herrmann – MfS: Ablage.

Vermerk

Im Dokumentenkopf zusätzliche Datierung: »14.5.« – ebenda im Verteiler hinter »Stoph« nicht auflösbare stenografische Notiz.

Verweise

Informationen [524/70](#), [525/70](#), [526/70](#), [563/70](#), [1012/70](#) u. [1247/70](#).

[Faksimile von Blatt 1]

Anlässlich des vorgesehenen Treffens des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Gen. Stoph,¹ mit dem Bundeskanzler der BRD, Brandt,² am 21.5.1970 in Kassel³ planen rechte, nationalistische und revanchistische sowie linksradikale, anarchistische Kreise eine Anzahl gegen die DDR und besonders gegen die DDR-Delegation und Gen. Stoph persönlich gerichtete Aktionen.

Obwohl einzuschätzen ist, dass ein Anzahl der geplanten Vorhaben auf subjektiven Ansichten und Vorstellungen beruhen bzw. dass zwischen solchen geplanten Aktionen und den gegebenen objektiven Voraussetzungen und Möglichkeiten für eine Verwirklichung zum Teil keine Übereinstimmung besteht, werden unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der DDR-Delegation alle Hinweise auf mögliche Provokationen, Störmanöver usw. wiedergegeben. In diesem Zusammenhang ist besonders darauf hinzuweisen, dass sich internen Informationen zufolge Führungskräfte der westdeutschen Polizei teilweise stärker auf die geplanten Aktionen progressiver Organisationen sowie auf die erwarteten Auseinandersetzungen dieser Organisationen mit reaktionären Kräften orientieren als auf die Absicherung der Verhandlungsdelegation und des Verhandlungsortes.

Nachstehend eine Übersicht über die dem MfS in diesem Zusammenhang intern und offiziell bekannt gewordenen feindlichen Plänen und Absichten:

Der Schwerpunkt der geplanten feindlichen Maßnahmen liegt im Raum Kassel, wo besonders am 21.5.[1970] bzw. bereits am Vorabend des Verhandlungstages sogenannte Protestdemonstrationen, Hetzkundgebungen und andere Provokationen stattfinden sollen.⁴

Als unmittelbare Initiatoren und Veranstalter werden besonders die NPD, die Junge Union⁵ und revanchistische Organisationen in Erscheinung treten. Darüber wurden bisher folgende Einzelheiten bekannt:

Die NPD und die »National-Zeitung«⁶ rufen bereits seit längerer Zeit dazu auf, gegen die DDR-Delegation in Kassel aufzutreten und zugleich auch gegen die »verräterische Politik Brandts« zu protestieren.⁷

In der »National-Zeitung«, Ausgabe Nr. 19 vom 8.5.1970, werden z. B. Leserstimmen veröffentlicht, die auffordern, »unter Führung der CDU/CSU, der Leiter der Vertriebenenverbände«, des »Deutschen Soldatenbundes«⁸ und »aller freiheitlich Gesinnten« in »Massen« nach Kassel zu kommen.⁹

Der NPD-Vorsitzende von Thadden¹⁰ erklärte offiziell demagogisch, dass am Tage des Treffens selbst die NPD in Kassel keine Aktionen veranstalten werde. Die NPD wolle jedoch auf einer Kundgebung in Kassel am Abend des 20.5.[1970] »gegen die Anerkennung der deutschen Teilung und für das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung« eintreten. Auf der Hetzkundgebung will Thadden selbst sprechen. Nach inoffiziellen Hinweisen plane die NPD außer der Kundgebung am Abend des 20.5.[1970] eine Demonstration in Kassel unter Teilnahme von Mitgliedern aus dem Bundesgebiet. Nach internen Hinweisen will die NPD ihren sogenannten Ordnungsdienst neu organisieren und in Kassel einsetzen. Vorbereitungen dazu seien im Gange.

Eine »lautlose Demonstration« in Form einer »Schweigefahrt« mit dem Pkw wollen – wie intern bekannt wurde – die NPD-Landesverbände Hessen und Bayern durchführen. Die Fahrzeuge sollten mit Hetzlosungen versehen werden (»Kein freies Geleit für Mörder«, »Freiheit für unsere Brüder«, »Raus mit Stoph« usw.) Sollte diese Demonstration nicht genehmigt werden, wollen sich diese NPD-Gruppen unter Umständen Demonstrationen der CDU/CSU anschließen, ohne sich äußerlich zu erkennen zu geben.

Rechtsextremistische Kreise, besonders aus der NPD, haben in Flugblättern zu einer »Gesamtdeutschen Aktion« gegen Gen. Stoph in Kassel aufgerufen. Es wird gefordert, unter »Freunden und Bekannten« für eine »Demonstration« am 21.5.[1970] zu werben und an vorgesehene Adressen namentlich mitzuteilen, wer daran teilnimmt. Weiterhin wird in dem Flugblatt aufgefordert, »Vorschläge für Aktionen in Kassel« zu machen.

Die Junge Union plant am Vorabend der Begegnung in Kassel einen »Schweigemarsch«. In dem Zug – es werden etwa 3 000 Mitglieder erwartet – sollen 535 Fackeln getragen werden. (Die Zahl würde den Toten »der Mauer und Demarkationslinie« entsprechen.) Die Initiative für diese Provokation geht von den Landesverbänden Hessen und Westberlin aus, die dazu ein Aktionskomitee »Wir gehen nach Kassel« unter Vorsitz von Wohlrabe¹¹ (MdB/CDU) gegründet und alle Landesverbände der Jungen Union in Westdeutschland aufgefordert haben, an der Demonstration teilzunehmen. In Westberlin sollen ca. 500 Mitglieder für die Teilnahme gewonnen werden. Etwa 1 200 Anmeldungen aus Westdeutschland und Westberlin würden bereits vorliegen. Für die gesamte Aktion stellen die CDU und der Bundesvorstand der Jungen Union 350 TDM zur Verfügung.

Der neue SPD-Informationsdienst »intern«¹² berichtete in seiner ersten Nummer vom 10.5.1970, dass der Bundesvorstand der CDU erwäge, in Kassel durch eine Plakataktion »Akzente zu setzen«. Auf den Plakaten soll der Bonner Regierung »Verzichtsverkaufspolitik« vorgeworfen werden.

Auf einer Bundesvorstandssitzung des »Freundeskreises der CSU« seien nach Mitteilung einer zuverlässigen Quelle folgende Maßnahmen festgelegt worden:

- Blockierung der Fahrstrecke vom Bahnhof Wilhelmshöhe bis zum Tagungsort am 21.5.[1970] durch Organisation von Sitzstreiks;
- Aufstellen von schwarzen Kreuzen und Hetzplakaten (Darstellung der Sicherungsanlagen der Staatsgrenze der DDR) sowie Organisation Sprechchören;
- Druck von 10 000 Hetzflugblättern, in denen gegen Gen. Stoph gehetzt werden soll.

Die Kirche habe die Absicht, in Kassel auf einem größeren, zzt. noch nicht näher bekannten Platz, zusammen mit der Inneren Mission ein großes Zelt aufzustellen und darin Veranstaltungen durchzuführen. (Derselbe Standort für die Errichtung eines Zeltes sei der DKP abgelehnt worden.)

Der »Bund der Vertriebenen«¹³ will am 21.5.[1970] demonstrieren. Einen entsprechenden Antrag auf Genehmigung habe er an den Kasseler Magistrat gestellt. Weitere Einzelheiten liegen gegenwärtig noch nicht vor.

Die »Vereinigung der Opfer des Stalinismus«¹⁴ (VOS) hat ebenfalls die Absicht, am 21.5.[1970] in Kassel zu demonstrieren. Es soll ein Demonstrationzug von etwa 200 Mitgliedern organisiert werden, die in Häftlingskleidung auftreten sollen.

Der Westberliner Landesvorstand der »Vereinigung 17. Juni 1953«¹⁵ hat die westdeutschen Landesverbände aufgerufen, am 21.5.[1970] nach Kassel zu kommen. Das Ziel besteht darin, etwa 2 000 Mitglieder für Kassel zu mobilisieren. Es soll erreicht werden, dass die Mitglieder der Vereinigung aus »Protest« die Anfahrsstrecke zum Tagungsort blockieren. Weiterhin sollen Lautsprecherwagen eingesetzt werden. Darüber hinaus werde eine Flugblattaktion vorbereitet.

Außer den bisher genannten Aktionen gibt es eine Reihe Hinweise auf mögliche Provokationen und Anschläge, die sich direkt gegen die Person des Genossen Stoph richten sollen. In diesem Zusammenhang wird auf die gegen Gen. Stoph gerichtete Hetzkampagne der »National-Zeitung« hingewiesen.

In Auswirkung der von den rechten Kräften entfachten Atmosphäre der Morddrohung haben Personen aus Westdeutschland an Gen. Stoph Drohbriefe gerichtet. So hat ein [Vorname Name 1] aus Mannheim Gen. Stoph angedroht, er werde »auf dem Boden von Kassel von Scharfschützen abgeschossen«.

Strafantrag gegen Gen. Stoph haben außer Gerhard Frey¹⁶ (Herausgeber der »National-Zeitung«) folgende Personen gestellt:

- Pöhlmann¹⁷ (stellv. NPD-Bundesvorsitzender und NPD-Fraktionsvorsitzender im bayerischen Landtag)
- Heinze¹⁸ (NPD-Abgeordneter aus Augsburg)
- Kuhnt¹⁹ (Fraktionsvorsitzender der NPD vom Landtag Baden-Württemberg)
- Stöckicht²⁰ (stellv. NPD-Fraktionsvorsitzender vom Landtag Baden-Württemberg)
- [Name 2, Vorname] Starnberg/OBB

Wie eine vertrauenswürdige Quelle berichtete, haben auf dem Landesparteitag der NPD von Nordrhein-Westfalen am 25. und 26.4.1970 einzelne Delegierte Drohungen gegen Gen. Stoph geäußert. So erklärte das 1968 im Zusammenhang mit einem bewaffneten Überfall auf das DKP-Büro in Bonn²¹ bekannt gewordene NPD-Mitglied Hengst, Bernd,²² es sei für ihn »Ehrensache«, nach Kassel zu reisen, denn er wolle Stoph »persönlich ohrfeigen«.

Das Mitglied der Gewerkschaftsorganisation »Christlicher Metallarbeiterverband«²³ im Volkswagenwerk Baunatal bei Kassel, [Name 3], äußerte nach offizieller Darstellung der DKP: »Wenn es schon keine Handhabe gibt, den Stoph zu verhaften, so wird sich ein deutscher Mann finden, der hinter dem Zielfernrohr den Finger krumm macht.«

Es liegen Informationen darüber vor, dass neben den rechtsextremistischen Kräften auch linksradikale, anarchistische Kreise um die »Internationale Arbeiterkorrespondenz«²⁴ in Frankfurt/M. versuchen, unter den Funktionären des DGB und der SPD Stimmung zu machen für ihre Parolen wie, »Zwingt Brandt und Stoph am 21. Mai Farbe zu bekennen«.

Auch die »Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten«²⁵ tritt in letzter Zeit mit Losungen gegen das geplante Treffen in Kassel auf. Eine ihrer Losungen lautet: »Stoph und Brandt: Verräter der deutschen Arbeiterklasse«. Mit solchen Losungen planen die sogenannten Marxisten-Leninisten sowie Trotzlisten in Kassel aktiv zu werden (nähere Einzelheiten darüber sind zzt. noch nicht bekannt). Nach einer internen, noch nicht bestätigten Information sollen die Kubaner Jorge Fraga,²⁶ Regisseur in Havanna, und Alfredo Guevara,²⁷ Präsident des ICAIC,²⁸ anlässlich der Dokumentar- und Kurzfilmwoche (11.–18.4.1970 in Oberhausen) zum Ausdruck gebracht haben, dass sie es begrüßen würden, wenn auf Stoph geschossen würde. Die Kubaner erklärten, die »Linken« wären klug, wenn sie einen solchen Anschlag inszenierten, da dann die wirklichen Zustände in der Bundesrepublik an die Oberfläche kämen.

Geplante Störmaßnahmen und Hetzkundgebungen, die über den Raum Kassel hinausgehen, wurden bisher seitens der NPD bekannt. Im Einzelnen handelt es sich um

- Abbrennen von »Mahnfeuern« entlang der Staatsgrenze der DDR am Vorabend des Treffens. Dazu will die NPD die Landsmannschaften und andere revanchistischen Organisationen mobilisieren.
- Durchführung von Hetzkundgebungen in einigen – bisher noch nicht bekannten – westdeutschen Städten.
- Verteilung von Hetzflugblättern in Westdeutschland.

Vom MfS wurden die notwendigen Maßnahmen zur weiteren Aufklärung der feindlichen Pläne, Absichten und Maßnahmen eingeleitet.

1

Willi Stoph, Jg. 1914, SED-Partei und DDR-Staatsfunktionär, 1953–89 Mitglied des Politbüros der SED, 1956–60 Minister für Nationale Verteidigung der DDR, 1962 1. Stellvertreter, 1964–73 und 1976–89 Ministerpräsident der DDR.

2

Willy Brandt, Jg. 1913, SPD-Politiker, 1957–66 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964–87 Parteivorsitzender, 1966–69 Bundesaußenminister, 1969–74 Bundeskanzler.

3

Nachdem am 19.3.1970 die Regierungschefs der Bundesrepublik, Willy Brandt, und der DDR, Willi Stoph, zu einem ersten Gipfeltreffen in Erfurt zusammengekommen waren, fand am 21.5.1970 in Kassel ein Folgetreffen statt. Die Begegnungen waren Ausdruck der »Neuen Ostpolitik« der Bundesregierung, die auf eine Annäherung der beiden deutschen Staaten abzielte. Konkrete Beschlüsse brachten die Treffen nicht, beide Seiten beharrten auf Maximalforderungen für weitere deutschlandpolitische Initiativen, die eine Annäherung zu diesem Zeitpunkt unmöglich machten. In Reaktion auf diese Situation schlug Willi Stoph eine »Denkpause« und die Aussetzung weiterer Gespräche vor. Erst im November 1970 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

4

Im Vorfeld und während des Besuches von Willi Stoph kam es im Raum Kassel zu mehreren großen und zum Teil auch gewaltsamen Protesten, die von verschiedenen Gruppen aus dem konservativen und rechtsradikalen Lager organisiert wurden, sowie zu Gegendemonstrationen aus dem linken Spektrum.

5

Die »Junge Union« ist der 1947 gegründete Jugendverband von CDU und CSU auf Bundesebene.

6

Die »National-Zeitung« war eine zwischen 1950 und 2019 erschienene rechtsradikale Wochenzeitung.

7

Vgl. u. a. Ist Brandt Deutscher? Hintergründe seiner verräterischen Politik. In: National-Zeitung v. 1.5.1970, S. 1 u. 8.

8

Der Ende des 19. Jahrhunderts begründete Kyffhäuserbund war bis 1945 Dachverband der Kriegervereine, wurde aufgrund seiner Nähe zum NS-Regime bei Kriegsende verboten und 1952 in der Bundesrepublik als Deutscher Soldatenbund/Kyffhäuserbund wiederbegründet.

9

Vgl. die Leserbriefe in National-Zeitung v. 8.5.1970, S. 3 f.

10

Adolf von Thadden, Jg. 1921, rechtsextremer Politiker, 1939–45 Kriegsdienst, 1945/46 Haft in Polen mit anschließender Flucht nach Deutschland, 1947 Eintritt in die rechtsextreme Deutsche Rechtspartei, 1950 Mitbegründer der Deutschen Reichspartei, 1961–64 deren Vorsitzender, 1964 Mitbegründer der NPD, 1967–71 deren Vorsitzender, 1964–72 Herausgeber des NPD-Parteiorgans »Deutsche

Nachrichten«, ab 1975 Chefredakteur der »Deutschen Wochenzeitung«.

11

Jürgen Wohlrabe, Jg. 1936, CDU-Politiker, ab 1958 in der Studentenbewegung der CDU, 1963–67 Abgeordneter des Bezirkstages Charlottenburg (von Berlin), 1968–79 Mitglied des Bundestages als Vertreter der Westberliner CDU, 1979–95 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Westberlin, 1989–91 Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses.

12

Der Informationsdienst »intern« wurde zwischen 1970 und 2017 als Nachfolger der »bonner depeschen« vom Bundesvorstand der SPD herausgegeben.

13

Der Bund der vertriebenen Deutschen (BVD, seit 1954) wurde 1949 von Linus Kather als Zentralverband der vertriebenen Deutschen gegründet. Im Jahr 1957 schloss sich der BVD mit dem Verband der Landsmannschaften zum Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände zusammen.

14

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus wurde 1950 in Westberlin gegründet. Sie betreute vormals in sowjetischen Lagern und Haftanstalten inhaftierte sowie kriegsgefangene Deutsche und setzt sich für die Aufarbeitung der diktatorischen Herrschaft primär in der DDR ein.

15

Aus dem »Komitee 17. Juni«, das aus Aktivisten des Aufstandes, die sich den Verfolgungen in der DDR durch Flucht in den Westen entziehen konnten, hervorgegangener, im August 1957 gegründeter Verein, der sich besonders nach dem 13.8.1961 antikomunistischer Propaganda, der Ablehnung von Verständigungs- und Entspannungsbemühungen westlicher Politiker und militanter Übergriffe auf Funktionäre und Büros der SEW oder Repräsentanten der DDR und der UdSSR widmete.

16

Gerhard Frey, Jg. 1933, rechtsextremer Politiker, ab 1951 Mitarbeiter, 1959/60–2019 Herausgeber, Chefredakteur und Eigentümer der rechtsradikalen »Deutschen Soldaten-Zeitung« (später in »National-Zeitung« umbenannt), 1971 Mitbegründer der rechtsradikalen Deutschen Volks-Union (DVU), 1974–79 Mitglied im Vorstand der NPD, 1987–2009 Vorsitzender der DVU.

17

Siegfried Pöhlmann, Jg. 1923, rechtsextremer Politiker, 1966–70 Fraktionsvorsitzender der NPD im bayrischen Landtag.

18

Helmut Bruno Heinze, Jg. 1937, NPD-Politiker, 1966–70 Abgeordneter der NPD im bayrischen Landtag.

19

Werner Kuhnt, Jg. 1911, rechtsextremer Politiker, 1929 Eintritt in NSDAP und SS, 1932–42 in Führungspositionen des NS-Jugendverbandes Hitlerjugend, 1942–47 Kriegsdienst und Internierung, nach Entlassung Handelsvertreter, 1947–61 Mitglied der rechtsgerichteten Deutschen Partei, 1961–65 Mitglied der rechten Gesamtdeutschen Partei, 1965 Eintritt in die NPD, 1968–72 Vorsitzender der NPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg.

20

Peter Stöckicht, Jg. 1930, Jurist und NPD-Politiker, 1968–72 Abgeordneter der NPD im Landtag von Baden-Württemberg und stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

21

Am 2.10.1968 verübte der Rechtsextremist Bernd Hengst einen bewaffneten Überfall auf ein DKP-Büro in Bonn.

22

Bernd Hengst, Jg. 1943, NPD-Politiker, 1967/68 bis zu seiner Verhaftung am 13.2.1971 führender Kopf der »Wehrsportgruppe Hengst«, einer rechtsterroristischen Vereinigung, die Anschläge plante und verübte.

23

Gemeint ist die 1899 gegründete »Christliche Gewerkschaft Metall«, die zum Christlichen Gewerkschaftsbund gehört.

24

»Internationale Arbeiterkorrespondenz« ist der Name einer trotzkistischen Zeitschrift, die von 1965 bis 1981 erschien.

25

Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten war eine westdeutsche kommunistische Kleinpartei, die 1968 in Hamburg begründet wurde und sich zunächst an das maoistische China, später an Albanien anlehnte. Sie ging 1986 in der Vereinigten Sozialistischen Partei auf.

26

Jorge Fraga (bürgerlich: Jorge Rodolfo Fraga Pujol), Jg. 1935, kubanischer Regisseur und Schauspieler.

27

Alfredo Guevara, Jg. 1925, kubanischer Parteifunktionär und Filmschaffender.

28

Das »Instituto Cubano de Arte e Industria Cinematográficos« (Kubanisches Institut für Filmkunst und Filmindustrie) wurde 1959 begründet und ist die größte staatliche Filmgesellschaft Kubas.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.